

Senatsbeschlüsse

über die 132. Sitzung des Senats

am 12.12.2017, 11:15 Uhr

3279.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 05.12.2017

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 5. Dezember 2017.

3280.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 05. bis 07.12.2017

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 5. bis 7. Dezember 2017 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 5. Dezember 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 6. Dezember 2017)

Nr. 19/401 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/519 S](#))
2. Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/520 S](#))
3. Sanierungen in Schulsportanlagen kurzfristig umsetzen und im Haushalt 2018/2019 darstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/532 S](#))

4. Entgeltbasierte Finanzierung der Kindertagesbetreuung (z. B. Kita-Gutscheine) – eine Lösung für Bremens Kita-Versorgung?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. September 2017
(Drucksache [19/577 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017
(Drucksache 19/706 S)
5. Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 2017
(Drucksache [19/502 S](#))
6. Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!
Bericht der städtischen Deputation für Sport
vom 25. Oktober 2017
(Drucksache [19/602 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/402 S

Fragestunde

1. Sozialversicherungsprüfung bei der Musikschule Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 1. November 2017
2. Wann kann der Zucker e. V. endlich in den Bunker einziehen?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. November 2017
3. „Nette Toilette“ – ein diskriminierungsfreies Angebot für alle Menschen?
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 2. November 2017
4. Vorschüsse an Akademie Kannenberg
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 2. November 2017
Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

5. Auch nach 20 Jahren noch kein gültiger Bebauungsplan für den Bereich „Auf dem Klaukamp“?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. November 2017
6. Wie steht es um die Leitstelle „Saubere Stadt“?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. November 2017
7. Ein zusätzlicher Rettungswagen für die Feuerwache 2?
Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2017
8. Wie steht es um das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2017
9. Abschluss der Umbauarbeiten an der offenen Ganztagschule Delfter Straße
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. November 2017
10. Dürfen private Sicherheitsdienste Bodycams im öffentlichen Raum tragen?
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 10. November 2017
11. Bearbeitungsstau bei Katasteranfragen?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. November 2017
12. Zustand des Areals der Sportanlage Im Löh
Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. November 2017

13. Streuobstwiesen statt Wohnungsbau?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. November 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/403 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/404 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 4. Dezember 2017

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/493 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Mit der Zeit gehen: WLAN im Museum

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/517 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Wahl von fünf Mitgliedern und vier stellvertretenden Mitgliedern für den Verwaltungsrat „Die Bremer Stadtreinigung – Anstalt öffentlichen Rechts“

Die Stadtbürgerschaft wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrats „Die Bremer Stadtreinigung – Anstalt öffentlichen Rechts“:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Gottschalk, Arno	Crueger, Jens
Reinken, Dieter	Sprehe, Heike

Von der CDU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter
Strohmann, Heiko	Imhoff, Frank

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglied	Stellvertreter
Dr. Schaefer, Maïke	Bücking, Robert

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied
Rupp, Klaus-Rainer

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kinder und Bildung

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Kabire Yildiz

anstelle der Abgeordneten Kai Wargalla zum Mitglied der städtischen Deputation für Kinder und Bildung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 165. Ortsgesetzes über eine Verlängerungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 90/5 (Kirchhuchtinger Landstraße 30) im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2474 in Bremen-Huchting

Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/689 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. 23. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/695 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/405 S

**Projektvorhaben für Bremens Innenstadt durch
Entwicklungsgesellschaft schneller voranbringen!**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. November 2017
(Drucksache [19/699 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/406 S

**Ortsgesetz zur Änderung des Freiluftpartygesetzes
Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über nicht
kommerzielle spontane Freiluftpartys**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 2. November 2017
(Drucksache [19/603 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:
Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/407 S

**Niemand muss frieren! – Ungenutzte Flüchtlingsunterkünfte für
Wohnungslose öffnen**

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. November 2017
(Drucksache [19/702 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/408 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 24

vom 1. Dezember 2017

(Drucksache [19/703 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/409 S

Alte Dorfschule Burgdamm erhalten und zu einer Kindertagesstätte umbauen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 16. August 2017

(Drucksache [19/563 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Planungen für die Errichtung einer Kindertagesstätte am Standort Burgdamm sind auf Grundlage eines Teilerhalts der historischen Bausubstanz, insbesondere der Außenfassade, voranzutreiben.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Antrag auf Abriss der Alten Dorfschule Burgdamm zurückzunehmen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/410 S

Alte Dorfschule Burgdamm erhalten und zu einer Kindertagesstätte umbauen

Bericht und Antrag des städtischen Petitionsausschusses

vom 1. Dezember 2017

(Drucksache [19/704 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungen zu Drucksache 19/563 S zu.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Petitionsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/411 S

Neue Chancen für die Gewerbeflächenpolitik – für ein besseres und größeres Angebot!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 28. April 2017
(Drucksache [19/488 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/412 S

Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 14. August 2017
(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)
(Drucksache [19/559 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/413 S

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 127
(Vorhaben und Erschließungsplan)
für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück
Woltmershauser Straße 450 bis 454, Blockinnenbereich
zwischen Goosekamp, Auf dem Bohnenkamp, Huchtinger
Straße und Woltmershauser Straße in Bremen-Woltmershausen**

Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/690 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 127.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/414 S

Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Sögestraße

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/696 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/415 S

Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Ansgari Quartier

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/697 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/416 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. April 2016
(Drucksache [19/138 S](#))
2. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 26. April 2017
(Drucksache [19/487 S](#))
3. Zustand von hausnahen Spielflächen regelmäßig kontrollieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/492 S](#))

4. Spielplätze kindgerecht instand halten und weiterentwickeln!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. November 2017
(Neufassung der Drucksache [19/593 S](#) vom 20. September 2017)
(Drucksache [19/605 S](#))
5. Klassenstärken an Bremer Schulen – Werden die Obergrenzen eingehalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 16. Mai 2017
(Drucksache [19/501 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/531 S](#))
6. Wann wird aus dem Sofortprogramm Wohnungsbau des Senats ein Sofortprogramm?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/506 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2017
(Drucksache [19/542 S](#))
7. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. August 2016
(Drucksache [19/342 S](#))
8. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/525 S](#))
9. Freiwilligenticket für den ÖPNV
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/526 S](#))
10. ÖPNV statt Führerschein – ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 7. September 2017
(Neufassung der Drucksache [19/570 S](#) vom 22. August 2017)
(Drucksache [19/578 S](#))

11. Bremer „Altenplan“ jetzt aktualisieren. Altenpolitik wieder aktiv gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2017
(Drucksache [19/527 S](#))
12. Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/528 S](#))
13. Mehr GEWOBA wagen – Perspektiven der Eigentumsstruktur und der Gewinnverwendung bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
GroÙe Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 13. September 2017
(Drucksache [19/584 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/599 S](#))
14. Wasser für alle: Auch Bremen braucht öffentliche Trinkbrunnen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/529 S](#))
15. Bremer StraÙennamen entkolonialisieren!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Juni 2017
(Drucksache [19/533 S](#))
16. Überseestadt
5. Entwicklungsbericht
Mitteilung der städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 10. August 2017
(Drucksache [19/557 S](#))
17. Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen
GroÙe Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. August 2017
(Drucksache [19/562 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/589 S](#))

18. Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen Innenentwicklungsmanager unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/567 S](#))
19. Stadtamt strukturell neu aufstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. August 2016
(Drucksache [19/353 S](#))
20. Stadtamt strukturell neu aufstellen
Bericht der städtischen Deputation für Inneres
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/572 S](#))
21. Welche „Smart-City“-Projekte hat der Senat bislang umgesetzt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/587 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/601 S](#))
22. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/691 S](#))
23. Chancen in Woltmershausen nutzen – Lankenauer Höft neu denken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. Oktober 2017
(Drucksache [19/596 S](#))
24. Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/597 S](#))

25. Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von Wohnungen forcieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2017
(Drucksache [19/600 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 6. Dezember 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 7. Dezember 2017)

Nr. 19/838

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1103](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1183](#))

2. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))

3. Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1223](#))

4. Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/1250](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1430](#))

5. Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2017
(Drucksache [19/1283](#))

6. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/839

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017
(Drucksache [19/1136](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/840

Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2017 zur Verlängerung des Sanierungsprogramms

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1251](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/841

Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2017

–

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017

(Drucksache [19/1259](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/842

Fachkräftesicherung in der Altenpflege

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 15. November 2017

(Drucksache [19/1380](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1427](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Sonderprogramm zum Qualifikationserwerb in der Altenpflege für besondere, in den Arbeitsmarkt zu integrierende Gruppen (Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Alleinerziehende) zu prüfen und im Erfolgsfall zu konzeptionieren und durchzuführen;
2. hilfsweise im Rahmen der Bremer Pflegeinitiative begleitende Maßnahmen durchzuführen, um die vorhandenen Plätze vollständig zu besetzen;
3. bei einer über das vorhandene Platzangebot hinausgehenden Nachfrage die Platzzahl entsprechend zu erhöhen und
4. regelmäßig in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/843

Wohnraumbeschaffung ist Schwerpunkt auch im Haushalt

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. November 2017
(Drucksache [19/1381](#))

1. Der Senat wird aufgefordert, auf Grundlage der Evaluation der beschlossenen Förderungsprogramme, das 3. Wohnraumförderungsprogramm um ein Darlehensvolumen von weiteren 40 Mio. € aufzustocken. Diese Aufstockung soll in Form einer Darlehensfinanzierung der Bremer Aufbau-Bank GmbH aufgelegt werden, wobei die erforderliche Zinsverbilligung sowie etwaige Ausfälle – wie bisher – aus dem Treuhandvermögen Wohnungsbau – Land – finanziert werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, aus den bereits reservierten Mitteln aus der Gewoba-Gewinnabführung ein Programm zur Förderung der Eigentumsbildung aufzulegen. Dieses Förderprogramm soll wie folgt strukturiert werden: Wer erstmals neuerrichtetes Wohneigentum oder nach der erstmaligen Umnutzung ehemaliger Gewerbeimmobilien zu Wohnzwecken (ungewöhnlich Wohnen) zur Eigennutzung erwirbt, minderjährige im Haushalt lebende Kinder hat und in einem Ortsteil mit starker sozialer Belastung kauft, dem ersetzen wir die Grunderwerbsteuer, die Grundbuchgebühren, gegebenenfalls anfallende Baugenehmigungsgebühren und die Notarkosten. Die Förderung ist begrenzt auf Objekte, deren Kaufpreis 330 000 € nicht überschreitet.
3. Der Senat wird aufgefordert, als ein zusätzliches Programm für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf
 - a) mit den zur Verfügung gestellten Planungsmitteln, die Errichtung von vier zusätzlichen Studierendenwohnheimen so voranzutreiben, dass mit der Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2020 zeitnah mit dem Neubau begonnen werden kann;
 - b) mit der Bremer Heimstiftung und dem Studentenwerk in Verhandlungen zu treten, um die zeitnahe Errichtung eines Studentenwohnheims im Rahmen der Quartiersentwicklung Stiftungsdorf Ellener Hof zu realisieren;
 - c) mit den zur Verfügung gestellten Planungsmitteln nach Hamburger Vorbild den Bau eines Azubiwohnheims gegebenenfalls in vorhandenen Gebäuden oder auf bremischen Flächen so voranzutreiben, dass spätestens mit der Beschlussfassung über den Haushalt 2020, ein dann bereits ausgewählter Träger die erforderlichen Baumaßnahmen durchführen kann, bzw. mit den ausschließlich für den Umbau des Jacobushauses eingestellten Mitteln, bereits bei wirtschaftlicher und rechtlicher Realisierbarkeit im Jahr 2018 mit dem Bau zu beginnen, und

- d) über den Programmfortschritt und -umsetzung regelmäßig zu berichten.
4. Der Senat wird aufgefordert, durch Erarbeitung eines Zweckentfremdungsgesetzes nach dem Vorbild anderer Bundesländer, dem Einsatz von zwei zusätzlichen Kontrolleuren über die Einhaltung des Wohnungsaufsichtsgesetzes und der Zweckentfremdungsverordnung in der Stadt Bremen und der Schaffung eines Bremerhavener Pilotprogramms „Revitalisierung von aufgegebenen Immobilien“ nach dem Rotterdamer Klushuizen-Konzept bereits vorhandenen Raum dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/844

Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1412](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/845

Bremerhaven an Verstärkungsmitteln für Schulen und Kindertagesstätten angemessen beteiligen – kommunalen Finanzausgleich solidarisch gestalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. November 2017
(Drucksache [19/1423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/846

Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/853](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/847

Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1117](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/848

Haushalte 2018 und 2019 – Die Bedarfe des Landes sind durch solide Schwerpunktsetzung mit Weitsicht anzugehen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1426](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/849

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1224](#))
2. Lesung

Dazu Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drucksachen [19/1290](#) bis [19/1323](#), [19/1357](#) bis [19/1367](#) und [19/1370](#)), Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen [19/1324](#) bis [19/1326](#), [19/1328](#) bis [19/1331](#), [19/1333](#), [19/1338](#), [19/1339](#), [19/1347](#), [19/1348](#), [19/1351](#), [19/1371](#) bis [19/1376](#), [19/1394](#) bis [19/1401](#)) und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen [19/1382](#) bis [19/1393](#), [19/1402](#), [19/1404](#) und [19/1408](#) bis [19/1411](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drucksachen 19/1290 bis 19/1323, 19/1357 bis 19/1366 und 19/1370) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 19/1324 bis 19/1326, 19/1328 bis 19/1331, 19/1333, 19/1338, 19/1339, 19/1347, 19/1348, 19/1351, 19/1371 bis 19/1376, 19/1394 bis 19/1401) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen 19/1383 bis 19/1389, 19/1391, 19/1402, 19/1404, 19/1408 bis 19/1410) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1393) wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/-kennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts in Landes- und städtische Produktgruppen und Produktbereiche noch nicht vollzogen wurde,
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/2019 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichem Umfang erfolgte,
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2018/2019 vorliegen,
4. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet werden konnten.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Produktgruppenhaushalte für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die kameralen Haushaltspläne einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 19/1382) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der

Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1390) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die kamerale Stellenpläne für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1392) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LIN-KE (Drucksache 19/1367) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1411) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1411) wie folgt zu:

3. Der Senat wird gebeten, die sich aus den beschlossenen parlamentarischen Änderungsanträgen ergebenden Veränderungen in Anlage 1 zu den Haushaltsgesetzen 2018 und 2019 bei der Verkündung der Haushaltsgesetze zu berücksichtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2018 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2019 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Haushaltsportrait 2018/2019 und von dem Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der Gesetze und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/850

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt
Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie
Finanzplanung 2017 bis 2021**

Unterhaltungsvorschüsse konsequent einfordern
Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 4. Dezember 2017
(Drucksache [19/1425](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen
Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Stadtbürgerschaft am 6. Dezember 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 7. Dezember 2017)

Nr. 19/417 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/520 S](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/418 S

**Sanierungen in Schulsporthallen kurzfristig umsetzen und im
Haushalt 2018/2019 darstellen!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/532 S](#))
Der Antrag ist von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/419 S

Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 2017
(Drucksache [19/502 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/420 S

Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!

Bericht der städtischen Deputation für Sport
vom 25. Oktober 2017
(Drucksache [19/602 S](#))
Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Sport Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/421 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019; Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/580 S](#))

D a z u

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drucksachen [19/606 S](#) bis [19/646 S](#), [19/655 S](#) bis [19/665 S](#)), Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen [19/647 S](#) bis [19/654 S](#), [19/666 S](#) bis [19/669 S](#), [19/685 S](#)) und Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksachen [19/670 S](#) bis [19/684 S](#), [19/686 S](#) bis [19/688 S](#), [19/692 S](#) bis [19/694 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drs. 19/606 S bis 19/646 S, 19/655 S bis 19/664 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drs. 19/647 S bis 19/654 S, 19/666 S bis 19/669 S, Drs. 19/685 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 19/670 S bis 19/19/681 S, 19/686 S bis 19/688 S, 19/692 S und 19/693 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 19/684 S) wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts in Landes- und städtische Produktgruppen und Produktbereiche noch nicht vollzogen wurde,
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/2019 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfange erfolgte,
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2018/2019 vorliegen,
4. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet werden konnten.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Produktgruppenhaushalte der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2018 und 2019.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die kameralen Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahre 2018 und 2019.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die produktgruppenorientierten Stellenpläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2018 und 2019.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die kameralen Stellenpläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2018 und 2019.

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 19/682 S und Drs. 19/683 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie die Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächnisse für die Jahre 2018 und 2019.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 19/665 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 19/694 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 3 des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 19/694 S) wie folgt zu:

Der Senat wird gebeten, die sich aus den beschlossenen parlamentarischen Änderungsanträgen ergebenden Veränderungen in Anlage 1 zu den Haushaltsgesetzen 2018 und 2019 bei der Verkündung der Haushaltsgesetze zu berücksichtigen.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2018.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2019.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 Kenntnis.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Haushaltsportrait 2018/2019 Kenntnis.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/422 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/581 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/423 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 4. Dezember 2017

(Drucksache 19/705 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen

Haushalts- und Finanzausschuss Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 7. Dezember 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 8. Dezember 2017)

Nr. 19/851

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW:
**„Erneute Entlassung von Untersuchungshäftlingen
Justizsenator Günthner, übernehmen Sie endlich
Verantwortung!“;**
2. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:
**"Glyphosat aus dem Verkehr ziehen: Einsatz in Bremen
und bundesweit verbieten!"**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/852

Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 6. Dezember 2017

(Drucksache [19/1440](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. darauf hinzuwirken, dass die Bremer Straßenbahn AG künftig auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet.
2. sich auf Bundesebene
 - für ein nationales Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden,
 - für eine Reform der Zulassungsverfahren nach dem Vorsorgeprinzip und
 - für ein bundesweites Insektenmonitoring einzusetzen.
3. alle landesrechtlichen Spielräume – ähnlich wie in

Niedersachsen – zu nutzen, damit keine weiteren Genehmigungen für den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln und sonstiger krebserregender Wirkstoffe auf Nichtkulturland gemäß § 12 Absatz 2 Satz 3 des Pflanzenschutzgesetzes mehr erteilt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/853

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 4. Dezember 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung vermeiden

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/1130](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/1131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Attraktivierung der gemeinnützigen Vereinsarbeit durch Verbesserungen im Steuerrecht und Optimierung der Verwaltungsaufgaben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Oktober 2017
(Drucksache [19/1258](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, ob es Optimierungsmöglichkeiten gibt, um die Ehrenamtlichen in den gemeinnützigen Vereinen im steuerlichen Bereich von Aufgaben zu entlasten bzw. zu unterstützen, und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss binnen drei Monaten ab Beschlussfassung hierüber zu berichten,
2. sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Freigrenze nach § 64 Absatz 3 der Abgabenordnung um 5 000 € auf 40 000 € einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen (federführend) und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

4. Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1289](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Einrichtung sogenannter Hebammenvermittlungsstellen im Land Bremen einzusetzen und dafür gemeinsam mit den Gesundheitsämtern der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie unter beratender Beteiligung praxiserfahrener Akteure der Hebammenversorgung und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, ein Konzept zu erarbeiten, welches insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:
 - a) Erarbeitung einer Strategie und eines Zeitplans zum Aufbau von mindestens zwei Hebammenvermittlungsstellen im Land Bremen, welche einerseits ein persönliches Beratungsangebot und andererseits eine digitale Plattform bereitstellen.
 - b) Prüfung verfügbarer Räumlichkeiten in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und mögliche Bereitstellung durch das Land. Hierbei gegebenenfalls Priorisierung nach Quartieren, in denen aktuell und zukünftig besonderer Bedarf an Hebammenversorgung besteht.

- c) Suche nach geeigneten Kooperationspartnern aus dem Bereich praxiserfahrener Akteure der Hebammenversorgung, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Unternehmen aus dem Bereich der Personal- und Verwaltungsdienstleistungen zum Betrieb der Vermittlungsstellen.
 - d) Prüfung und Zusammenfassung, welche bestehenden Angebote mit Blick auf die Vermeidung von Doppelstrukturen gegebenenfalls in die Hebammenvermittlungsstellen integriert werden können.
 - e) Erarbeitung und Umsetzung einer Digitalstrategie für die Hebammenvermittlungsstellen, die die angebotenen Leistungen der Hebammen erfasst und nach fachlicher Ausrichtung, Sprache, Wohn- und Behandlungsort sowie Verfügbarkeit systematisiert. Berücksichtigung der Möglichkeit der selbstständigen Pflege und Aktualisierung der Daten durch die Hebammen selbst.
 - f) Prüfung und Darlegung der Anschubfinanzierung für die Ersteinrichtung der Hebammenvermittlungsstelle durch das Land Bremen.
 - g) Prüfung und Darlegung einer gemeinsamen Finanzierung der Vermittlungsstellen mit den Krankenkassen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration an der Erarbeitung des oben genannten Konzepts zu beteiligen und der Bürgerschaft (Landtag) das Konzept bis spätestens 30. Juni 2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung und Vorlage des Konzepts bis spätestens 30. Juni 2018.

5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses

vom 13. November 2017

(Drucksache [19/1368](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/854

Fragestunde

1. Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 2. November 2017
2. Obdachlose im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 2. November 2017
3. Weiterbildung zum Erzieher – Fachkräftemangel durch Weiterbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger auch in privaten Einrichtungen mildern
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 2. November 2017
4. Wann wird die Lehrverpflichtungsverordnung an die modernen Lehrformen angepasst?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 2. November 2017
5. Arbeitsplatzsicherheit nach der Exzellenzförderung
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2017
6. Übergangswohnheime im Bremer Westen für studentisches Wohnen umnutzen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2017
7. Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Schulen in sozialen Brennpunkten in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2017

8. Anwendung des Baugebots nach § 176 Baugesetzbuch
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. November 2017
9. Was kostet Bremen der Streit mit der DFL?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. November 2017
10. Unbearbeitete Aktenberge bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. November 2017
11. Regeln für die Einstellung von Landesbeamten
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Neue synthetische Drogen in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
13. Umsetzung von Bundesrecht bezüglich des Aufenthaltsgesetzes
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. November 2017
14. Digital Hub Initiative des Bundes
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2017
15. Lehramtsstudierende aus Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 8. November 2017
16. Umgang mit wohnungslosen Wiederholungstätern
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. November 2017
17. Unschuldig in Haft – sind die Haftentschädigungen und Rehabilitationsmaßnahmen noch zeitgemäß?
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 9. November 2017

18. Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei – zweiter Versuch!
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 24. November 2017
19. Gibt es in Bremen Anzeigen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. November 2017
20. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Telefonkosten in der Justizvollzugsanstalt
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2017
21. Neue Ausbildungsverträge 2017 im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30. November 2017
Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/855

Bremen für eine atomwaffenfreie Welt!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1436](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/856

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/1225](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/857

Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/1226](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/858

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes

Mitteilung des Senats vom 14. November 2017

(Drucksache [19/1377](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/859

Abschiebestopp für die Wintermonate

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. November 2017
(Drucksache [19/1407](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/860

Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1115](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. August 2017

(Drucksache [19/1163](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/861

Gewalt und Sexualdelikte gegen Kinder und Frauen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1118](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1184](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/862

Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1273](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/863

Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017

(Drucksache [19/964](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/864

Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 24. Juli 2017

(Drucksache [19/1149](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/865

DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1174](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/866

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/1267](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/867

Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. November 2017

(Drucksache [19/1356](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass die Behörden des Landes und der Stadtgemeinden die „Leichte Sprache“ stärker einsetzen, vermehrt Informationen in „Leichter Sprache“ bereitstellen und ihre Kompetenzen für das Verfassen von Texten in „Leichter Sprache“ auf- und ausbauen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der nach dem Vorbild von § 11 des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes in der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung die Träger öffentlicher Gewalt im Land Bremen und in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verpflichtet, auf Verlangen Bescheide, behördliche Schreiben, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke in „Leichter Sprache“ zu erläutern. Es soll sich dabei um einen, auch mit einer Verbandsklage, durchsetzbaren Rechtsanspruch handeln, der für Menschen mit geistigen oder kognitiven Beeinträchtigungen, für Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen sowie für Menschen gilt, die aufgrund eines funktionalen Analphabetismus oder aufgrund noch zu geringer Kenntnisse der deutschen Sprache entsprechende Bedarfe haben. Der Rechtsanspruch soll spätestens zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen (federführend), die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/868

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 24

vom 4. Dezember 2017

(Drucksache [19/1424](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/869

Informationsfreiheit von Patientinnen wahren – § 219a StGB streichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1437](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich schnellstmöglich auf Bundesebene für die Streichung des § 219a StGB einzusetzen bzw. die Aufhebung des § 219a im Bundesrat selbst zu beantragen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/870

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1119](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1177](#))

2. Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. Juni 2017

(Drucksache [19/1129](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1185](#))

3. Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 23. Juni 2017

(Drucksache [19/1135](#))

4. Umgang mit von Abschiebung bedrohten suizidgefährdeten Geflüchteten durch Ausländerbehörden und Gesundheitsämter im Bundesland Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Juni 2017
(Drucksache [19/1138](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1178](#))

5. Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Juli 2017
(Drucksache [19/1146](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1252](#))

6. Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 1. August 2017
(Drucksache [19/1161](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1227](#))

7. Landwirtschaftliche Betriebe öffnen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1167](#))

8. Zulagen auch für Notfallsanitäter

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1182](#))

9. Nebenbeschäftigung und öffentlicher Dienst

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2017
(Drucksache [19/1187](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache [19/1260](#))

10. Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. August 2017
(Drucksache [19/1193](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1253](#))

11. Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1199](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache [19/1254](#))

12. Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1201](#))

13. Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1202](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1414](#))

14. Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1203](#))

15. Pakt für die innere Sicherheit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/296](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1433](#))

16. Pakt für die innere Sicherheit
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1205](#))
17. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die
Strafverfolgungsbehörden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. August 2016
(Drucksache [19/712](#))
18. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die
Strafverfolgungsbehörden
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1206](#))
19. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der
Einwanderungsgesellschaft
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. September 2016
(Drucksache [19/749](#))
20. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der
Einwanderungsgesellschaft
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1207](#))
21. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache [19/1261](#))
22. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen
nicht behindern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))
23. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))

24. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1235](#))
1. Lesung
25. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. September 2015
(Drucksache [19/60](#))
26. Raumsituation an bremischen Hochschulen – Konzept
schnellstmöglich vorlegen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 2015
(Drucksache [19/65](#))
27. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität und
Raumsituation an den bremischen Hochschulen
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 15. September 2017
(Drucksache [19/1237](#))
28. Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für
Geflüchtete wieder herstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))
29. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches
Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. November 2017
(Drucksache [19/1378](#))
30. In der politischen Auseinandersetzung: Gewalt gegen Sachen
und Personen entschieden verurteilen in Bremen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 4. Oktober 2017
(Drucksache [19/1257](#))

31. Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen – Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2017
(Drucksache [19/1265](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1415](#))

32. Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))

33. Volksentscheid zur Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft

Mitteilung des Senats vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1342](#))

34. Recht auf Familiennachzug abschaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))

35. Wir kommen wieder – Bremer Uni fit für die Exzellenzstrategie 2026 machen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1353](#))

36. Fahnden, Orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2017
(Drucksache [19/1369](#))

37. Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1429](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

- 3281.) Bericht des Senats über die nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH 2015 und 2016 (Vorlage 1746/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D.“ folgender Text ergänzt wird:

„Durch den Bericht entstehen keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. In dem Bericht werden keine genderspezifischen Aussagen gemacht. Die Kriterien, die einer Förderung zugrunde liegen, entsprechen einer EU-notifizierten Förderrichtlinie der nordmedia.“

2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1746/19 den Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3282.) Entwurf einer Bremischen Verordnung zur Änderung laufbahn- und ausbildungsrechtlicher Vorschriften für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes (Vorlage 1747/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1747/19 die Verordnung zur Änderung laufbahn- und ausbildungsrechtlicher Vorschriften für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 3283.) Änderung der Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden
(Vorlage 1748/19 und Neufassung der Anlage)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1748 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage die Bekanntmachung zur Änderung der Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden und ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 3284.) Änderung der Kostenverordnung der Verwaltung Wirtschaft und Häfen
(Vorlage 1749/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1749/19 die „Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Verwaltung Wirtschaft und Häfen“ und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen nach Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die notwendige Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
3. Das Ressort wird die Gebühren ab dem 01.01.2019 auf Basis der Kosten-Leistungsrechnung (KLR) kalkulieren. Im August 2018 wird das Ressort dem Senat über den Stand der Einführung der KLR berichten.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Absatz im letzten Satz nach dem Wort „erhoben“ ein Punkt gesetzt wird und der Rest des Satzes ersatzlos gestrichen und der Absatz ergänzt wird durch:

„Für den Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes in der Stadtgemeinde Bremen wird eine gesonderte Einnahmehaushaltsstelle geschaffen, bei der die Gebühreneinnahmen verbucht werden. Diese Gebühreneinnahmen dienen der Deckung der korrespondierenden Ausgaben für den Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes.“

- unter „E. Beteiligung Abstimmung“ der Text vor „Der Senator für Justiz und Verfassung...“ komplett ersetzt wird durch:

„Die Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen ist erfolgt.“

3285.) Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen - Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern
(Vorlage 1750/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 06.12.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Finanzielle...“ am Ende des zweiten Absatzes die Wörter „zur Beschlussfassung vorliegt“ durch die Wörter „beschlossen wurde“ ersetzt werden.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 6. Dezember 2017 den Bericht zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen - Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern“ vom 05.04.2017 (Drucksache 19/1010) und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Mitteilung des Senats wird vor „1. Qualitätsoffensive – Konzept“ wird folgende Text eingefügt:

„Ergänzend wird auf die Beschlussfassung des Senats zu den Konsequenzen aus dem IQB-Bildungstrend vom 07.11.2017 verwiesen, mit der für qualitätsfördernde Maßnahmen für Mathematik- und Leseförderung im Grundschulbereich 2 Mio. € p.A. im Haushalt 2018/2019 veranschlagt und durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen wurden.“

3286.) Besetzung des Aufsichtsrates der Großmarkt Bremen GmbH (Vorlage 1751/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 07.12.2017 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 11.12.2017)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt, jeweils mit Wirkung zum 01. Januar 2018
 - a) den Aufsichtsrat der künftigen Veranstaltungsgesellschaft mit Frau Carl, Frau Rambalski, Herrn Staatsrat Lühr und Herrn Staatsrat Siering zu besetzen,
 - b) Frau Wessel-Niepel und Herrn Haushaltsdirektor Schneider aus dem Aufsichtsrat der Großmarkt Bremen GmbH abuberufen,
 - c) den Aufsichtsrat der Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit Herrn Haushaltsdirektor Schneider als Nachfolger für Herrn Staatsrat Lühr, die Aufsichtsräte der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG und der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH mit Herrn Staatsrat Strehl als Nachfolger für Herrn Haushaltsdirektor Schneider zu besetzen und
 - d) Herrn Staatsrat Meyer aus dem Aufsichtsrat der hanseWasser Bremen GmbH abuberufen und als seinen Nachfolger Herrn Staatsrat Deutschendorf zu benennen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

3287.) Tagesordnung der 963. Sitzung des Bundesrates am 15.12.2017

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001	Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Beschluss:	Wahl gemäß Vorschlag (Minister Olaf Lies, NI) = Zustimmung zu Drs. 735/17

002	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Verkaufsveranstaltungen im Reisegewerbe (Drs. 729/17) Bayern (U)
Beschluss:	1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 300/15 (B) 3. Zustimmung zur Beauftragtenbestellung

003	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Förderung der Barrierefreiheit und Elektromobilität (Drs. 730/17 neu) Bayern (U), Sachsen (U), Hessen (U)
Beschluss:	1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zur Einbringung nach Maßgabe 3. Zustimmung zur Beauftragtenbestellung

004	EntschlieÙung des Bundesrates: Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen Niedersachsen (U), Brandenburg (B), Bremen (B) , Thüringen (B)
Beschluss:	Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 617/1/17

005	Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, in dem die Einzelheiten seines Austritts aus der Europäischen Union festgelegt werden
Beschluss:	Stellungnahme zur Empfehlung = Zustimmung zu Drs. 373/1/17

006	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 727/17
<hr/>	
007 a	Reflexionspapier der Kommission über die Zukunft der EU-Finzen
Beschluss:	Stellungnahme ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 543/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 19, 22, 24 sowie Enthaltung zu den Ziffern 13, 25, 27, 41, 57, 73, 113, 115, 126, 130 bis 132, 134, 137, 144,145 Freie Hand zu den Ziffern 30-37, 143 und 148 sowie zur Ziffer 149
<hr/>	
007 b	Reflexionspapier der Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion
Beschluss:	Stellungnahme ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 543/1/17 (Grunddrs. 444/17) mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 19, 22, 24 sowie Enthaltung zu den Ziffern 13, 25, 27, 41, 57, 73, 113, 115, 126, 130 bis 132, 134, 137, 144,145 Freie Hand zu den Ziffern 30-37, 143 und 148 sowie zur Ziffer 149
<hr/>	
007 c	Reflexionspapier der Kommission: Die Globalisierung meistern
Beschluss:	Stellungnahme ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 543/1/17 (Grunddrs. 387/17) mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 19, 22, 24 sowie Enthaltung zu den Ziffern 13, 25, 27, 41, 57, 73, 113, 115, 126, 130 bis 132, 134, 137, 144,145 Freie Hand zu den Ziffern 30-37, 143 und 148 sowie zur Ziffer 149
<hr/>	

007 d	Reflexionspapier der Kommission zur sozialen Dimension Europas
Beschluss:	Stellungnahme ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 543/1/17 (Grunddrs. 353/17) mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 19, 22, 24 sowie Enthaltung zu den Ziffern 13, 25, 27, 41, 57, 73, 113, 115, 126, 130 bis 132, 134, 137, 144,145 Freie Hand zu den Ziffern 30-37, 143 und 148 sowie zur Ziffer 149
007 e	Reflexionspapier der Kommission über die Zukunft der europäischen Verteidigung
Beschluss:	Stellungnahme ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 543/1/17 (Grunddrs. 490/17) mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 19, 22, 24 sowie Enthaltung zu den Ziffern 13, 25, 27, 41, 57, 73, 113, 115, 126, 130 bis 132, 134, 137, 144,145 Freie Hand zu den Ziffern 30-37, 143 und 148 sowie zur Ziffer 149
008	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Durch eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik die Globalisierung meistern
Beschluss:	Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern: = Zustimmung zu Drs. 649/1/17 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 4, 5, 7, 9, 10, 19, 24 und 28
009	Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Übereinkommen zur Errichtung eines multilateralen Gerichtshofs für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
Beschluss:	Stellungnahme zur Empfehlung = Zustimmung zu Drs. 650/1/17

010	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie - Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 629/1/17 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 4, 5, 8, 9, 10, 14 bis 18
011 a	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss Follow-up zum Aktionsplan im Bereich der Mehrwertsteuer Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuer Raum: Zeit zu handeln Beschluss: Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 661/1/17
011 b	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und zur Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten Beschluss: Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 661/1/17
011 c	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 hinsichtlich des zertifizierten Steuerpflichtigen Beschluss: Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 661/1/17
011 d	Vorschlag für eine Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 hinsichtlich bestimmter Befreiungen bei innergemeinschaftlichen Umsätzen Beschluss: Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 661/1/17

012	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein faires und effizientes Steuersystem in der Europäischen Union für den digitalen Binnenmarkt
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 679/1/17
<hr/>	
013	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit")
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 680/1/17 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 6 bis 9
<hr/>	
014	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen
Beschluss:	Stellungnahme zur Ratsempfehlung = Zustimmung zu Drs. 666/1/17
<hr/>	
015 a	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 436/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 3 und 6
<hr/>	
015 b	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung und Meldung der CO2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern: = Zustimmung zu Drs. 440/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 3 und 7, Enthaltung zu den Ziffern 4 und 5
<hr/>	

015 c	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europa in Bewegung - Agenda für einen sozial verträglichen Übergang zu sauberer, wettbewerbsfähiger und vernetzter Mobilität für alle
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 443/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 5, 9, 12 bis 14 sowie Enthaltung zu Ziffer 3
<hr/>	
016	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente und der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 698/1/17
<hr/>	
017	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 in Bezug auf die Vorschriften über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen
Beschluss:	Absehen von Stellungnahme (= Kenntnisnahme) = Enthaltung zu Drs. 692/1/17
<hr/>	
018	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 728/17
<hr/>	

019	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur - Beitrag der Europäischen Kommission zum Gipfeltreffen in Göteborg am 17. November 2017 Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 713/1/17
020	Verordnung zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2018 Beschluss: Zuordnung zur Verordnung nach Maßgabe und Fassen der EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 718/1/17
021	Verordnung zur Neuordnung trinkwasserrechtlicher Vorschriften Beschluss: Zustimmung zur VO nach Maßgabe, Fassen der EntschlieÙung ohne zwei Ziffern = Zustimmung zur Drs. 700/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 10 und 13
022	Verordnung zur Änderung der Stromnetzzugangsverordnung Beschluss: Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 719/17
023	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Expertengruppen "Integrität" sowie "Qualifikation und Entwicklung der Humanressourcen im Sport" der Kommission im Rahmen des Arbeitsplans der EU für den Sport 2017 bis 2020 Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Liste) = Zustimmung zu Drs. 711/1/17
024	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Koordinierungsgruppe "Medizinprodukte" der Kommission Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Dr. Rainer Edelhäuser, Direktor der ZLG/NW) = Zustimmung zu Drs. 712/1/17

025	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 714/17
<hr/>	
026	Entschließung des Bundesrates - Anwendungsregelungen Glyphosat Thüringen (U), Drs.740/17
Beschluss:	1. Beitritt zu Drs. 740/17 2. Überweisung an die Ausschüsse
<hr/>	
027	Entschließung des Bundesrates zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (U), Drs.743/17
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
<hr/>	
028	Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union Antrag Brandenburg Drs. 600/17
Beschluss:	Neubenennung gemäß Vorschlag = Zustimmung zu Drs. 600/17
<hr/>	
029	Benennung von Vertreterinnen und Vertretern und Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Bundesrates im Mittelstandsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (StS Hendrik Fischer/BB und Sen'in Ramona Pop/BE als Vertreter/Vertreterin sowie StS Franz Josef Pschierer/BY und StS'in Karin Schütz/BW als Stellvertreter/Stellvertreterin) = Zustimmung zu Drs. 741/17

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling und Frau Staatsrätin Hiller an der 963. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

- 3288.) "Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1752/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1752/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Vorbemerkung wird im zweiten Absatz unter der Tabelle der einleitende Satz „Dennoch...“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 7 werden der dritte und vierte Satz des zweiten Absatzes wie folgt geändert:

„Um hier eine Entlastung für die Schulen zu schaffen, wurden im Rahmen der Umsetzung der Zuweisungsrichtlinie zusätzliche Ressourcen (Lehrerwochenstunden) für überfrequente Klassenverbände bewilligt. Es konnten zum neuen Schuljahr bereits Stunden an Schulen zugewiesen werden, damit hier im Rahmen der schulspezifischen Zuweisung Personal „eingekauft“ werden kann.“

- 3289.) Gesetz zur Anpassung Bremischer Bildungsrechtlicher Gesetze an das EU-Datenschutzrecht
(Vorlage 1753/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1753/19 den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung Bremischer Bildungsrechtlicher Gesetze an das

EU-Datenschutzrecht gemäß Anlage 1 zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

- 3290.) "Radikalisierungen in Bremen und Bremerhaven frühzeitig entgegenwirken"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1754/19 und Neufassung des Senators für Inneres vom 11.12.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 11. Dezember 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3291.) "Tendenziöse und rechtswidrige Einschätzung linker Gruppierungen im Bremischen Verfassungsschutzbericht 2016"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1755/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1755/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Vorbemerkung werden im zweiten Satz des ersten Absatzes nach dem Wort „Verfassungsschutzes“ die Wörter „im Phänomenbereich „Linksextremismus““ eingefügt.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.